



Bundesministerium
der Finanzen



Monatsbericht des BMF

September 2015

Monatsbericht des BMF

September 2015

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Einhaltung der Schuldenbremse 2014 durch „schwarze Null“ abgesichert.....	6
Subventionen auf dem Prüfstand	11
Steuerliche Entlastungen für Arbeitnehmer, Familien und Alleinerziehende.....	18
Stärkung des Verbraucherschutzes in Deutschland – Zahlungskonto für alle.....	24
Finanzhilfen für die Stabilisierung und Reformen in Griechenland	32
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	45
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	45
Steuereinnahmen im August 2015	52
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2015	56
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2015	60
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	62
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	67
Termine, Publikationen	69
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	73
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	104
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.....	111
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	125

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle Flüchtlingssituation stellt Deutschland vor die größte Herausforderung seit langer Zeit. Alleine in diesem Jahr werden voraussichtlich rund 800 000 Flüchtlinge in unser Land kommen. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat anlässlich der Einbringung des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2016 und des Finanzplans bis 2019 deutlich gemacht, dass die Bewältigung der Flüchtlingssituation oberste Priorität genießt.

Die Spitzen der Regierungskoalition haben sich darauf verständigt, dass der Bund die Ansätze im Haushalt 2016 um 3 Mrd. € erhöht und den Ländern und Kommunen weitere 3 Mrd. € für Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge zur Verfügung stellt. Der Bund wird Länder und Kommunen beim Ausbau von rund 150 000 winterfesten Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen verstärkt unterstützen. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat bisher rund 42 000 Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylsuchende mietzinsfrei zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus will der Bund die Herrichtungskosten für diese Liegenschaften übernehmen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird in diesem und im nächsten Jahr rund 2 000 zusätzliche Stellen zur schnelleren Bearbeitung der Asylverfahren erhalten und auch für Integrationskurse werden die finanziellen Mittel bedarfsgerecht erhöht.

In der aktuellen Situation wird deutlich erkennbar, wie wichtig es ist, dass der Staat handlungsfähig ist und auf unerwartete Herausforderungen auch kurzfristig angemessen reagieren kann. Solide Finanzen



sind dafür eine unerlässliche Voraussetzung. Deshalb strebt die Bundesregierung – trotz der zusätzlichen Haushaltsbelastungen – weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt für dieses und das nächste Jahr an. Zusätzliche Ausgabenwünsche haben sich in diesen Rahmen entsprechend einzuordnen.

Die Bundesregierung sichert mit ihrer Haushalts- und Finanzpolitik auch künftig die staatliche Handlungsfähigkeit. Derzeit günstige Steuereinnahmen und eine niedrige Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte dürfen den Blick auf finanzielle Nachhaltigkeitsrisiken nicht verstellen. Gerade aber das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik hat sich als maßgeblich erwiesen für den robusten konjunkturellen Aufschwung, den wir seit dem Jahr 2010, dem Startjahr der Schuldenbremse, in Deutschland erleben.

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der
Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die moderate konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland dürfte sich den aktuellen Wirtschaftsdaten zufolge fortsetzen.
- Der Arbeitsmarkt entwickelte sich zum Beginn des 3. Quartals weiter günstig. Der Außenhandel zeigt sich in einer guten Verfassung und die Industrie kann eine leichte Produktionsausweitung verzeichnen.
- Das Verbraucherpreisniveau stieg erneut marginal um 0,2% und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu stabil. Im weiteren Jahresverlauf wird die Preisniveauentwicklung auf der Konsumentenstufe verhalten bleiben.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im August im Vorjahresvergleich um insgesamt 6,9% gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Anstieg von 6,6%. Basis des Wachstums sind erhebliche Zuwächse bei den beiden aufkommensstärksten Steuern, der Lohnsteuer sowie den Steuern vom Umsatz. Ferner haben die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge zum guten Ergebnis beigetragen.
- Die Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie bereits in den Vormonaten positiv. Bis einschließlich August 2015 sanken die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,5%. Die günstige Entwicklung der Zinsausgaben ist hier weiterhin hauptausschlaggebend. Die Einnahmen bis einschließlich August übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 9,1%.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende August 0,80%. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf -0,033%.

Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 12. September 2015 in Luxemburg standen die wirtschaftliche Situation im Euroraum, die Situation in Griechenland und Zypern sowie Diskussionen zu Wachstum und Beschäftigung.
- Beim informellen ECOFIN am 11. und 12. September 2015 in Luxemburg, an dem auch die Zentralbankpräsidenten teilnahmen, wurden die Klimafinanzierung, die effektive Mindestbesteuerung, die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Brückenfinanzierung für den Einheitlichen Abwicklungsfonds beraten (Näheres siehe Seite 73f).

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die moderate konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland dürfte sich den aktuellen Wirtschaftsdaten zufolge fortsetzen.
- Der Arbeitsmarkt entwickelte sich zum Beginn des 3. Quartals weiter günstig. Der Außenhandel zeigt sich in einer guten Verfassung und die Industrie kann eine leichte Produktionsausweitung verzeichnen.
- Das Verbraucherpreisniveau ist im Vergleich zum Vorjahr erneut marginal um 0,2% gestiegen und blieb damit nahezu stabil. Im weiteren Jahresverlauf wird die Preisniveaumentwicklung auf der Konsumentenstufe verhalten bleiben.

Konjunkturelle Aufwärtsbewegung setzt sich fort

Die deutsche Wirtschaft dürfte im 3. Quartal dieses Jahres ihren moderaten Wachstumskurs fortsetzen. Dafür sprechen die Stimmungverbesserung in der gewerblichen Wirtschaft im Juli und August sowie die tendenziell aufwärtsgerichtete Entwicklung der Auftragsgänge in der Industrie. Zudem profitieren die Unternehmen von den niedrigen Ölpreisen durch Kostenentlastungen. Hinzu kommt, dass die Euro-Abwertung über eine höhere preisliche Wettbewerbsfähigkeit die Absatzchancen der deutschen Unternehmen erhöht. Die Arbeitskräftenachfrage und auch das Verbrauchervertrauen befinden sich auf einem hohen Niveau. Allerdings bestehen im außenwirtschaftlichen Umfeld Abwärtsrisiken, die sich insbesondere aus einer wirtschaftlichen Abschwächung in China und anderen Schwellenländern ergeben.

Im 2. Quartal war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,4% gestiegen und damit etwas stärker als im vorangegangenen Vierteljahr. Positive Wachstumsimpulse kamen im 2. Quartal hauptsächlich vom Außenbeitrag (+0,7 Prozentpunkte), da die Exporte schneller als die Importe angestiegen waren (Exporte + 2,2% und Importe + 0,8%

gegenüber dem 1. Quartal 2015). Der Beitrag der inländischen Verwendung hingegen war leicht negativ (-0,3 Prozentpunkte). Zwar nahmen die privaten Konsumausgaben leicht zu (+0,2% gegenüber dem Vorquartal nach +0,4% im 1. Quartal) und auch die staatlichen Konsumausgaben wurden ausgeweitet (+0,3% gegenüber dem Vorquartal), jedoch dämpften rückläufige Bruttoanlageinvestitionen (-0,4%) sowie ein merklicher Vorratsabbau (-0,4 Prozentpunkte) den Anstieg des BIP.

Die Schwäche bei den Bruttoanlageinvestitionen ist vor allem auf Einbußen bei den Bauinvestitionen zurückzuführen (-1,2%), während die Investitionen in Ausrüstungen nahezu stagnierten (+0,1%). In Bauten, insbesondere Nichtwohnbauten, wurde sowohl beim Staat als auch in nichtstaatlichen Sektoren weniger investiert. Die rückläufigen Bauinvestitionen könnten zum Teil auch mit einer Gegenreaktion auf den Anstieg im Winterhalbjahr 2014/2015 – aufgrund des ungewöhnlich milden Winterwetters – im Zusammenhang stehen. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden durch Zunahmen im gewerblichen Bereich gestützt. Die Investitionen in sonstige Anlagen setzten ihren Aufwärtstrend fort. Betrachtet man die Entwicklung der Investitionen im Durchschnitt des 1. Halbjahres, so zeigt sich ein

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

merklich günstigeres Bild: Die preis-, kalender- und saisonbereinigten Investitionen in Ausrüstungen, Bauten und sonstige Anlagen überschritten das Niveau des 2. Halbjahres 2014 deutlich.

Die privaten Haushalte profitieren von Einkommenszuwächsen, die sowohl auf den bis zuletzt anhaltenden Beschäftigungsaufbau als auch auf solide Tariflohnsteigerungen zurückzuführen sind. Die Bruttolöhne und -gehälter nahmen im 2. Quartal 2015 um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr zu (nach + 3,5 % im 1. Quartal). Angesichts der steigenden Zahl der Arbeitnehmer (+ 0,7 % im Vergleich zum Vorjahr) stiegen die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer etwas weniger stark (brutto um 3,2 %). In der Nettobetrachtung belief sich die Einkommenszunahme je Arbeitnehmer auf 2,5 %. Bereinigt um die Preisniveauentwicklung (Deflator des privaten Konsums + 0,9 % gegenüber dem Vorjahr) fiel die Steigerung der realen Nettolöhne und -gehälter mit + 1,6 % so hoch aus wie im 1. Quartal. Dies trug wesentlich zur Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher bei.

Die gute Beschäftigungslage, die Lohnsteigerungen und das günstige gesamtwirtschaftliche Umfeld trugen weiterhin zur Erhöhung der Steuereinnahmen bei. Insbesondere das Aufkommen aus der Lohnsteuer verzeichnete von Januar bis August 2015 einen kräftigen Zuwachs von 6 % gegenüber dem Vorjahr. Auch die Steuern vom Umsatz stiegen in diesem Zeitraum mit + 3,8 % deutlich.

Außenhandel zeigt sich in guter Verfassung

Der deutsche Außenhandel zeigt sich zu Beginn des 3. Quartals – trotz eines rückläufigen Welt-handelsvolumens im 1. Halbjahr 2015 – in einer guten Verfassung.

Die nominalen Warenexporte und die Warenimporte nahmen im Juli in saisonbereinigter Betrachtung deutlich zu. Im Zweimonatsvergleich (saisonbereinigt Juni/Juli 2015 gegenüber April/Mai 2015) erhöhten sie

sich – nach einem Rückgang im Juni – leicht. Im Zeitraum Januar bis Juli 2015 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (nach Ursprungswerten) stiegen die Warenexporte um 6,8 % sehr deutlich an. Die Importe überschritten das Vorjahresniveau weniger stark (+ 3,4 %). Hinsichtlich der Aufgliederung nach Regionen entsprechend dem Ursprungslandprinzip liegen bisher nur Daten für die ersten sechs Monate dieses Jahres vor. Danach wurden im 1. Halbjahr 2015 sowohl die Exporte in die EU-Länder außerhalb des Euroraums (+ 8,5 % gegenüber dem Vorjahr) als auch in Drittländer kräftig ausgeweitet (+ 8,2 %). Dabei konnte ein schwacher Anstieg der Ausfuhren nach China durch eine deutliche Zunahme der Exporte in andere Märkte (z. B. Vereinigte Staaten, ostasiatische Schwellenländer, und Euroraum) mehr als kompensiert werden. Die Einfuhren aus Drittländern (+ 5,5 % gegenüber dem Vorjahr) waren im gleichen Zeitraum weniger dynamisch als die Exporte. Dennoch legten insbesondere die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten, China und südostasiatischen Schwellenländern kräftig zu. Dämpfende Effekte auf den Importwert beziehungsweise eine rückläufige Entwicklung, infolge des niedrigen Ölpreises, zeigen sich beispielsweise bei den OPEC-Ländern sowie Russland.

Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im Zeitraum Januar bis Juli gegenüber dem Vorjahr um 23,0 Mrd. €. Dies war ausschließlich auf eine Zunahme des Handelsbilanzüberschusses (nach Ursprungswerten) zurückzuführen (+ 24,6 Mrd. €), da der Wert der Importe durch die rückläufigen Rohstoffpreise merklich gedämpft wurde.

Für den weiteren Jahresverlauf zeigt sich ein uneinheitliches Indikatorenbild. Positiven Signalen stehen negative gegenüber, die auf eine verhaltene Dynamik der Exporte in den kommenden Monaten hindeuten.

Bislang zeichnet sich kein beschleunigtes Wachstum der Weltwirtschaft ab. Dafür spricht u. a. die Seitwärtsbewegung des

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4. Q. 14	1. Q. 15	2. Q. 15	4. Q. 14	1. Q. 15	2. Q. 15
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	106,1	+1,6	+0,6	+0,3	+0,4	+1,6	+1,2	+1,6
jeweilige Preise	2 916	+3,4	+1,1	+1,1	+1,0	+3,2	+3,2	+3,7
Einkommen								
Volkseinkommen	2 176	+3,8	+0,6	+1,8	+0,4	+3,1	+3,6	+3,7
Arbeitnehmerentgelte	1 485	+3,8	+1,0	+0,9	+1,0	+3,7	+3,4	+3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	691	+3,8	-0,2	+4,0	-0,8	+1,5	+3,9	+3,3
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 710	+2,3	+1,2	+0,1	+0,6	+3,1	+3,0	+2,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 214	+3,9	+0,9	+0,9	+1,2	+3,8	+3,5	+4,0
Sparen der privaten Haushalte	168	+6,7	+5,5	-2,3	+1,9	+13,0	+4,7	+4,7
Außenhandel/Umsätze/Produktion/ Auftragseingänge								
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 134	+3,7	-1,1	+2,4	+0,9	+13,5	+6,2	+9,7
Waren-Importe	917	+2,1	-0,8	+2,2	+0,6	+6,0	+6,1	+6,1
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	107,9	+1,5	-0,9	+0,7	-0,5	+0,9	+0,5	+0,7
Bauhauptgewerbe	109,8	+1,9	-1,1	+0,3	-0,7	+0,8	-0,5	+0,1
	108,5	+2,7	-3,2	+3,2	-1,8	-2,8	-0,3	-1,5
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	108,6	+2,6	-2,0	+2,0	-0,6	+1,4	+2,4	+1,9
Inland	104,5	+1,2	-0,7	+0,3	-0,0	+0,6	-0,1	+0,2
Ausland	113,0	+4,1	-3,2	+3,7	-1,1	+2,2	+4,9	+3,5
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	109,1	+2,9	+1,8	-1,4	+0,9	+7,0	-0,6	+3,1
Inland	103,4	+1,6	-1,9	+4,1	-0,3	+1,1	+3,2	+2,1
Ausland	113,7	+3,8	+4,4	-5,2	+1,9	+11,4	-3,4	+3,9
Bauhauptgewerbe	109,4	-1,6	-4,3	.	+0,2	+3,5	.	+3,4
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,9	+1,6	-1,0	+1,4	-0,2	+5,2	+3,3	+4,2
Handel mit Kfz	104,0	+2,3	+0,4	.	+0,8	+15,9	.	+8,2

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2014		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jun 15	Jul 15	Aug 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	+0	+8	-7	-122	-99	-106
Erwerbstätige, Inland	42,70	+0,9	+11	+26	.	+157	+160	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+41	.	.	+547	.	.

Preisindizes 2010 = 100	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Jun 15	Jul 15	Aug 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15
Importpreise	103,6	-2,2	-0,5	-0,7	.	-1,4	-1,7	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	105,9	-1,0	-0,1	+0,0	.	-1,4	-1,3	.
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	-0,1	+0,2	+0,0	+0,3	+0,2	+0,2

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15
Klima	+6,7	+6,7	+8,9	+10,3	+10,1	+8,1	+9,0	+9,6
Geschäftslage	+12,7	+11,9	+13,3	+17,0	+17,5	+15,4	+16,6	+18,3
Geschäftserwartungen	+0,8	+1,7	+4,6	+3,9	+2,8	+1,1	+1,6	+1,3

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragsingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragsingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

² Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

OECD Composite Leading Indicator, welcher als Frühindikator für erste Signale einer konjunkturellen Trendwende in den OECD-Ländern fungiert. Auch die Erwartungen des ifo Weltwirtschaftsklimas stagnierten auf dem Niveau des Vormonats und deuten damit ebenfalls in diese Richtung. Dem entgegen wirkt, dass das BIP in den Vereinigten Staaten in diesem Jahr voraussichtlich deutlich steigen wird und auch der Euroraum derzeit auf dem Wege einer leichten Erholung ist. Dies dürfte die deutsche Exportwirtschaft stützen und Einbußen, infolge einer Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität einiger Entwicklungs- und Schwellenländer, könnten damit zum Teil ausgeglichen werden. Darüber hinaus profitieren die deutschen Exportunternehmen von der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, wodurch ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird. Bislang ist die Auslandsnachfrage sowohl aus dem Euroraum als auch aus den Ländern

außerhalb der Europäischen Währungsunion nach wie vor deutlich aufwärtsgerichtet. Die vom ifo Institut befragten Firmen waren jedoch bereits den fünften Monat in Folge weniger optimistisch gestimmt hinsichtlich ihrer Exportgeschäfte in den nächsten drei Monaten.

Industrie mit leichter Produktionsausweitung ins 3. Quartal gestartet

Die Industrie ist mit einem moderaten Aktivitätsanstieg in das 3. Quartal gestartet. Die Industrieproduktion nahm im Juli gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt leicht zu. Dies resultierte ausschließlich aus einer Ausweitung der Investitionsgüterherstellung (+ 2,8 %). Im Zweimonatsdurchschnitt war die industrielle Erzeugung – aufgrund des Minus im Juni – jedoch noch leicht rückläufig. Alle drei Gütergruppen, Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter, trugen hierzu bei.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der Umsatz in der Industrie ging im Zweimonatsdurchschnitt mit etwa gleicher Rate wie die Industrieproduktion zurück. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass es bei den Vorräten keine Veränderung gab. Im Inlandsgeschäft stand einem Umsatzplus bei Investitions- und Konsumgütern ein Minus bei Vorleistungsgütern gegenüber. Der Auslandsumsatz wurde dagegen von einem Anstieg des Umsatzes mit Vorleistungsgütern gestützt. Eine rückläufige Entwicklung der anderen beiden Gütergruppen überwog jedoch.

Die aufwärtsgerichtete Grundtendenz der Auftragseingänge bietet gute Voraussetzungen für einen fortgesetzten Anstieg der Industrieproduktion im weiteren Quartalsverlauf. Im Zweimonatsdurchschnitt stiegen die saisonbereinigten Bestellungen von Industriegütern leicht gegenüber der Vorperiode an. Dabei sind Inlandsaufträge nahezu seitwärtsgerichtet und Auslandsorders wurden spürbar ausgeweitet. Im Inlandsgeschäft zeigen ausschließlich die Investitionsgüterbestellungen eine leichte Aufwärtsbewegung. Dies ist insbesondere auf eine Auftragszunahme bei Kraftfahrzeugen und -teilen (+ 1,4%) sowie beim Maschinenbau (+ 4,1%) zurückzuführen. Für eine fortgesetzte moderate Ausweitung der industriellen Produktion sprechen auch die verbesserten Einschätzungen der Einkaufsmanager im Verarbeitenden Gewerbe für den Monat August sowie die günstigere Bewertung der aktuellen Lage der vom ifo Institut befragten Unternehmen dieses Wirtschaftsbereiches. In den Umfragen war die Verschärfung der Turbulenzen in China jedoch noch nicht enthalten.

Risiken für die deutsche Industrie ergeben sich aus einer wirtschaftlichen Abschwächung in China und anderen Schwellenländern. Der im Juli kräftige Rückgang der Auftragseingänge für Investitionsgüter aus den Ländern außerhalb des Euroraums könnte zum Teil bereits damit im Zusammenhang stehen.

Die Bauproduktion nahm im Juli kräftig zu (saisonbereinigt gegenüber dem Vor-

monat). Aufgrund des vorangegangenen Rückgangs der Bauproduktion bleibt im Zweimonatsdurchschnitt jedoch eine Abwärtsbewegung erhalten. Diese resultiert aus Einbußen in allen drei Bereichen – Tiefbau, Hochbau und Ausbaugewerbe. Die vorlaufenden Indikatoren lassen keine eindeutige Entwicklungstendenz der Bauproduktion erkennen. Das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe verbesserte sich sehr deutlich und erreichte damit das höchste Niveau seit März 2014. Dabei schätzten die Unternehmen sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten günstiger ein als vor einem Monat. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gingen jedoch im 2. Quartal kräftig zurück (saisonbereinigt - 5,1% gegenüber dem Vorquartal). Dies könnte teilweise mit einem Gegeneffekt auf den markanten Eingang von Aufträgen im 1. Quartal zusammenhängen (+ 8,3%). Auch bei den Baugenehmigungen für den Hochbau von Nichtwohngebäuden ist eine solche Entwicklungstendenz erkennbar (saisonbereinigt 2. Quartal - 3,4% nach + 7,4% jeweils gegenüber dem Vorquartal). Dies dämpfte die Baugenehmigungen für den Hochbau insgesamt. Stützend wirkte dagegen die Zunahme von Genehmigungen für den Wohnungsbau.

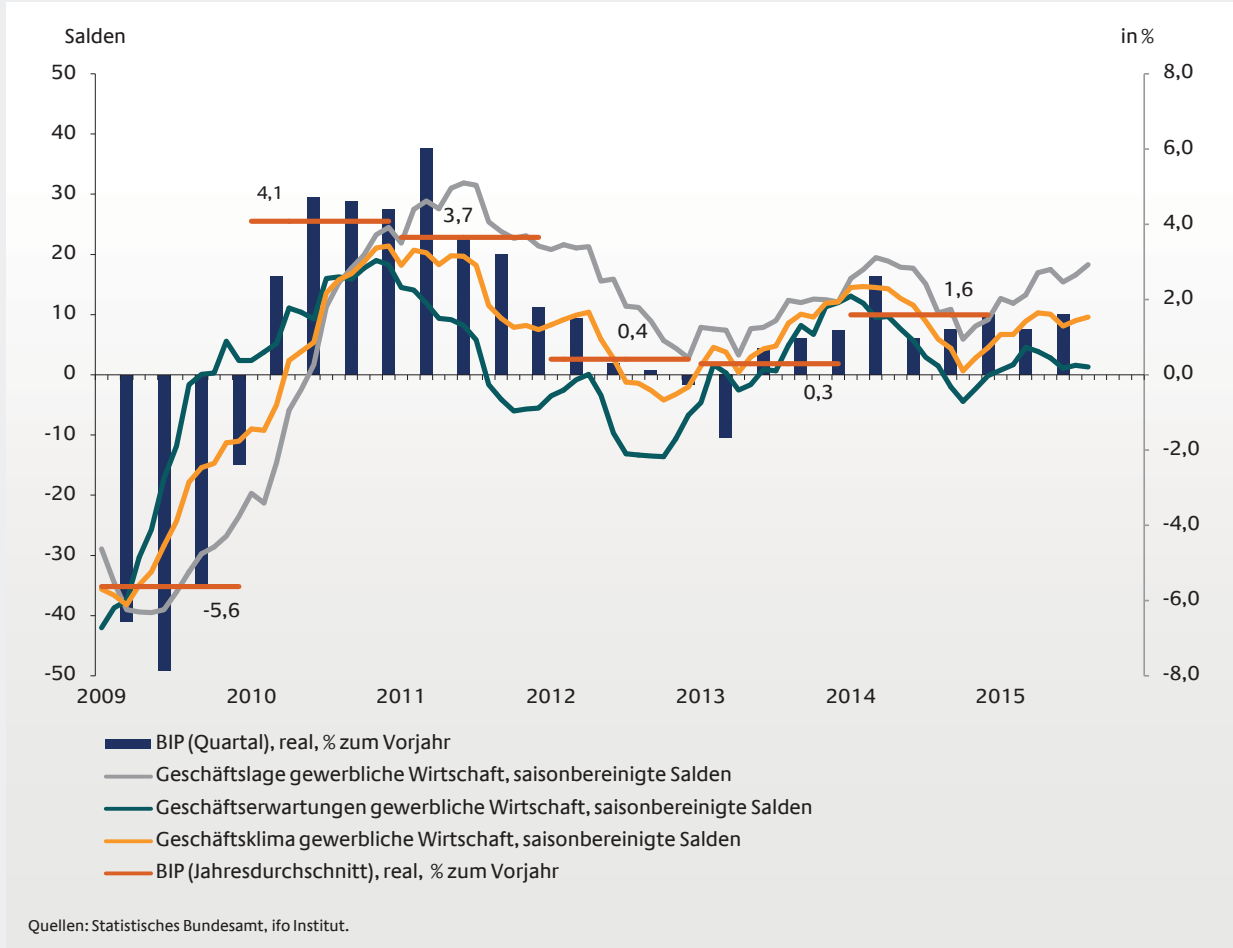
Privater Konsum setzt positive Impulse

Der private Konsum dürfte auch im 3. Quartal eine wichtige Triebkraft des Wirtschaftswachstums bleiben. Die Konsumausgaben waren im 2. Quartal weiter gestiegen, wenn auch nicht so kräftig wie zu Beginn dieses Jahres. Der Aufwärtstrend dürfte sich im 3. Quartal fortsetzen. Dafür sprechen der anhaltende Beschäftigungsaufbau, die Einkommenszuwächse sowie die niedrigen Rohölpreise, die die Verbraucher entlasten. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge) sind im Juli saisonbereinigt im Vergleich zum Vormonat merklich gestiegen. Im Zweimonatsvergleich zeigen sie jedoch noch eine Seitwärtsbewegung. Der Kraftfahrzeug-Handel, für den nur Daten bis Juni 2015 vorliegen, setzte seinen

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Aufwärtstrend fort, wenn auch mit etwas verringertem Tempo. Auf weitere Verbesserungen des Umsatzes im Kraftfahrzeug-Handel deuten die Kraftfahrzeug-Neuzulassungen in Deutschland hin, die im Zweimonatsdurchschnitt Juli/August gegenüber Mai/Juni saisonbereinigt deutlich um 6,3% zunahmen. Auch die Stimmung der Firmen im Einzelhandel ist hinsichtlich der aktuellen Lage und des Ausblicks auf die kommenden Monate gut. So hat sich der ifo Geschäftsklimaindex im Einzelhandel im August 2015 auf den höchsten Stand seit Juni 2011 verbessert. Die Ergebnisse der Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung belegen ein weiterhin hohes Verbrauchervertrauen. Zwar konnten die Einkommenserwartungen im August das

Rekordniveau vom Juli nicht halten und die Konjunkturerwartungen sowie die Anschaffungsneigung gingen moderat zurück, jedoch befindet sich das Konsumklima nach wie vor auf hohem Niveau. Neben der guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung tragen auch die niedrigen Zinsen und die Preisniveaustabilität hierzu bei.

Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter günstig

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter günstig. Im August waren nach Ursprungswerten 2,80 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 106 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,4% und damit

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl sank um 7 000 Personen, nachdem sie im Juli um 9 000 Personen angestiegen war.

Der Beschäftigungsaufbau gewann im Juli deutlich an Schwung. Die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl nahm um 26 000 Personen im Vergleich zum Vormonat zu und wuchs damit etwas kräftiger als in den Monaten zuvor. Nach Ursprungswerten waren im Juli 42,99 Millionen Personen erwerbstätig (+ 160 000 Personen gegenüber dem Vorjahr). Insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm weiter zu und übertraf im Juni den Vorjahresstand um 1,8 %. Der kräftigste Beschäftigungsaufbau war bei den Unternehmensdienstleistungen zu verzeichnen sowie im Bereich Pflege und Soziales. Auch saisonbereinigt nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dynamisch zu: Im Durchschnitt des 1. Halbjahres war eine Beschleunigung im Vergleich zu den zweiten sechs Monaten des vergangenen Jahres zu beobachten.

Neben der konjunkturellen Aufwärtsbewegung tragen laut Bundesagentur für Arbeit der sektorale Wandel, eine hohe Arbeitsmarktdynamik, Zuwanderung und Lohnzurückhaltung zum Aufwärtstrend bei der Erwerbstätigkeit bei. Der Beschäftigungsaufbau speist sich weiterhin zum großen Teil aus der Stillen Reserve sowie einem Anstieg des Erwerbspotenzials aufgrund von Nettozuwanderung und gestiegener Erwerbsneigung.

Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich im Laufe dieses Jahres fortsetzen. Dafür spricht der Aufwärtstrend der Arbeitskräftenachfrage (gemäß Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit BA-X), der nun bereits seit einem Jahr anhält. Insbesondere das Wachstum der Branchen im Dienstleistungssektor macht sich dabei bemerkbar. Auch das im August gestiegene

ifo Beschäftigungsbarometer zeigt, dass die Unternehmen weiterhin zusätzliches Personal einstellen wollen. Im Dienstleistungssektor verbesserte sich der Indikator auf den höchsten Wert seit 2011. Nur bei der Industrie zeigte sich, insbesondere im Fahrzeugbau, eine Dämpfung der Einstellungsbereitschaft.

Verbraucherpreise steigen marginal

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland stieg nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im August 2015 wie schon im Juli 2015 gegenüber dem Vorjahr um 0,2%. Gegenüber Juli 2015 blieb die jährliche Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe unverändert. Der Grund für die verhaltene Entwicklung der Inflation liegt weiterhin insbesondere bei den fallenden Energiepreisen. Die Energiepreise sanken im August um 7,6%. Auf der anderen Seite stieg das Preisniveau bei Nahrungsmitteln wieder etwas stärker an (+ 0,8% nach + 0,4% im Juli gegenüber dem Vorjahr). Auch Dienstleistungen verteuerten sich leicht (+ 1,2% nach + 1,1% im Juli gegenüber dem Vorjahr). Der Verbraucherpreisniveaustieg ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln (Kerninflation) übersteigt im August den entsprechenden Vorjahresstand merklich (+ 1,3% nach + 1,1% im Juli).

Im weiteren Jahresverlauf sollte die Preisniveaumentwicklung auf der Konsumentenstufe verhalten bleiben. Darauf deutet der im August beschleunigte Rückgang des Rohölpreises auf dem Weltmarkt hin. Damit dürften sich die Importe und die Erzeugung gewerblicher Produkte auch in den kommenden Monaten verbilligen. Eine leichte Gegenbewegung gibt es jedoch durch die aktuelle Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die Importe von Waren und Dienstleistungen mit hohem Importanteil verteuert.

Die gefallen Rohstoffpreise entlasten Unternehmen und Verbraucher und setzen damit positive Konjunkturimpulse.

Steuereinnahmen im August 2015

Vor dem Hintergrund einer anhaltend positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im August 2015 im Vorjahresvergleich um insgesamt 6,9 % gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Anstieg von 6,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Basis des Wachstums sind erhebliche Zuwächse bei den beiden aufkommensstärksten Steuern, der Lohnsteuer sowie den Steuern vom Umsatz. Ferner haben die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge zu dem guten Ergebnis beigetragen.

Die Bundessteuern konnten im August 2015 im direkten Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 6,0 % verzeichnen, der zu einem großen Teil durch den Anstieg der Energiesteuer generiert wurde. Daneben hatten auch die Tabaksteuer und die Kraftfahrzeugsteuer kräftige Zuwächse zu verzeichnen. Mindereinnahmen gab es bei der Stromsteuer sowie bei den kleineren Verbrauchsteuern für Branntwein oder Kaffee. Die Ländersteuern entwickeln sich weiterhin mit einem Zuwachs von 17,6 % sehr dynamisch, wobei die Aufkommensentwicklung hier nahezu vollständig vom guten Ergebnis der Grunderwerbsteuer getragen wird.

EU-Eigenmittel

Die Zolleinnahmen stiegen im August 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,6 %. Zudem waren in diesem Monat höhere Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittelabrufe aus dem Bundeshaushalt zu verzeichnen. Die Abrufe orientieren sich am jeweiligen Finanzbedarf der EU und bewegen sich aufs Jahr gerechnet im geplanten Rahmen. Im Ergebnis stiegen die EU-Eigenmittel im Berichtsmonat August 2015 im direkten Vorjahresvergleich um insgesamt 21,5 %. Kumuliert bis August 2015 liegen die EU-Eigenmittel um 0,8 % über dem Vorjahresniveau.

Gesamtüberblick kumuliert bis August 2015

In den Monaten Januar bis August 2015 stieg das Steueraufkommen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) um 6,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern verbesserten sich um 5,4 %. Die Wachstumsrate der Bundessteuern von 6,9 % ist durch eine geringe Vorjahresbasis in Folge der Rückerstattung bei der Kernbrennstoffsteuer im Mai 2014 überzeichnet.

Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im August 2015 mit einem Plus von 5,1 % über dem Vorjahresniveau. Das robuste Aufkommen der Bundessteuern sowie deutliche Zuwächse bei den gemeinschaftlichen Steuern trugen hierzu bei. Höhere EU-Eigenmittelabführungen dämpften den Zuwachs. Zudem wurde eine veränderte Verteilung des Umsatzsteueraufkommens berücksichtigt. Nach Artikel 3 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vom 24. Juni 2015 wurden rund 42 Mio. € Umsatzsteuer aus dem Bundesanteil den Ländern zugewiesen. Insgesamt war im abgelaufenen Jahr bis August 2015 mit + 7,1 % ein erheblicher Zuwachs der Steuereinnahmen des Bundes zu verzeichnen.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Monat August 2015 um 7,0 % gegenüber August 2014. Kumuliert von Januar bis August 2015 konnten die Länder 5,4 % Steuermehreinnahmen verzeichnen. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg im August 2015 um 10,3 %; kumuliert bis August 2015 um 8,4 %.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM AUGUST 2015

 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2015	August	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis August	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2015 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	14 299	+7,8	115 830	+7,4	178 150	+6,1
veranlagte Einkommensteuer	-419	X	24 440	+6,8	48 550	+6,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	878	+27,0	13 478	+7,4	16 400	-5,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	545	+15,0	6 562	+8,8	7 375	-5,6
Körperschaftsteuer	-441	X	10 707	+0,7	20 800	+3,8
Steuern vom Umsatz	18 770	+8,7	138 555	+3,8	208 200	+2,5
Gewerbesteuerumlage	215	+12,4	2 138	+2,2	4 024	+4,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	69	+7,2	1 780	+2,7	3 396	+3,8
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	33 915	+6,6	313 488	+5,4	486 895	+3,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 366	+6,9	20 783	-1,1	40 500	+1,9
Tabaksteuer	1 406	+8,2	8 686	+0,2	14 190	-2,9
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	169	-3,1	1 364	+0,7	2 060	+0,0
Versicherungsteuer	1 257	+1,0	9 896	+3,1	12 500	+3,8
Stromsteuer	553	-7,2	4 409	-0,3	6 900	+3,9
Kraftfahrzeugsteuer	650	+12,0	6 221	+7,2	8 550	+0,6
Luftverkehrssteuer	102	+5,8	607	+3,7	1 010	+2,0
Kernbrennstoffsteuer	108	X	928	X	1 400	+97,7
Solidaritätszuschlag	874	+2,1	9 962	+6,7	15 600	+3,7
übrige Bundessteuern	105	-3,0	968	+1,4	1 453	+0,6
Bundessteuern insgesamt	8 590	+6,0	63 824	+6,9	104 163	+2,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	394	+1,1	4 126	+11,9	5 790	+6,2
Gründerwerbsteuer	997	+30,7	7 347	+20,8	10 220	+9,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	126	-0,3	1 132	-1,2	1 656	-1,0
Biersteuer	74	+3,5	457	-1,7	675	-1,4
sonstige Ländersteuern	22	+2,2	302	+0,3	416	+2,4
Ländersteuern insgesamt	1 613	+17,6	13 363	+14,4	18 757	+6,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	493	+12,6	3 344	+15,1	4 900	+7,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	280	+38,8	3 184	+2,8	4 310	+7,4
BNE-Eigenmittel	1 281	+21,9	15 776	-2,1	23 080	+2,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 055	+21,5	22 303	+0,8	32 290	+4,2
Bund³	21 177	+5,1	175 351	+7,1	280 278	+3,5
Länder³	18 811	+7,0	171 426	+5,4	262 602	+3,3
EU	2 055	+21,5	22 303	+0,8	32 290	+4,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 568	+10,3	24 937	+8,4	39 546	+6,8
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	44 611	+6,9	394 018	+6,0	614 715	+3,7

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus Kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

²Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM AUGUST 2015

Gemeinschaftliche Steuern

Lohnsteuer

Bei der Lohnsteuer zeigt sich weiterhin das günstige gesamtwirtschaftliche Umfeld. Im August 2015 stieg das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer gegenüber dem Vorjahr um 5,9 %, wobei das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld auf Vorjahresniveau lag. Die mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom 16. Juli 2015 beschlossene Erhöhung des Kindergeldes rückwirkend zum 1. Januar 2015 wurde im August noch nicht aufkommenswirksam. Nach Abzug des Kindergeldes und der ebenfalls aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Altersvorsorgezulage stieg das Nettoaufkommen der Lohnsteuer um 7,8 % gegenüber August 2014. Kumuliert von Januar bis August 2015 lagen die kassenmäßigen Lohnsteuereinnahmen um 7,4 % über dem Vorjahresniveau.

Körperschaftsteuer

Im August 2015 wurden rund 0,4 Mrd. € Körperschaftsteuer ausgezahlt. Da im Vorjahresmonat rund 0,3 Mrd. € eingenommen worden waren, bedeutete dies 0,7 Mrd. € Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr. Die Einnahmenveränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Veranlagungstätigkeit. So sind insbesondere die nachträglichen Vorauszahlungen und die Erstattungen – beide für das Veranlagungsjahr 2014 – zurückgegangen. Kumuliert bis August 2015 stieg das Körperschaftsteueraufkommen um 0,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Veranlagte Einkommensteuer

Auch bei der veranlagten Einkommensteuer bestimmt die Veranlagungstätigkeit im August die Aufkommensentwicklung. Im aktuellen Berichtsmonat August 2015 wurden rund 0,4 Mrd. € Einkommensteuer ausgezahlt.

Die Zusammensetzung des Aufkommens aus Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen hat sich gegenüber dem Vorjahresmonat kaum verändert. Im bisherigen Jahresverlauf ergibt sich kumuliert ein Zuwachs von 6,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verzeichnet im August mit + 27,0 % deutliche Zuwächse. Allerdings zählt der Monat August nicht zu den aufkommensstarken Monaten. Neben den Auswirkungen der im Jahresvergleich differierenden Terminierung der Ausschüttungszeitpunkte durch die Kapitalgesellschaften ist auch mit aufkommenserhöhenden Wirkungen heraufgesetzter Dividenden zu rechnen. Das Bruttoaufkommen dieser Steuer stieg im August 2015 mit 23,9 % nochmals stark an. Die Erhöhung der Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern um 8,2 % beeinflusste das Ergebnis aufgrund des – absolut betrachtet – nur geringfügigen Änderungsbetrags kaum. Kumuliert im Zeitraum Januar bis August 2015 ist ein Anstieg der kassenmäßigen Einnahmen von 7,4 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge konnte den insgesamt positiven Trend im bisherigen Jahresverlauf fortsetzen. Nachdem im Vormonat ein Rückgang zu verzeichnen gewesen war, stieg das Steueraufkommen um 15,0 % gegenüber einem vergleichsweise schwachen August 2014. Kumuliert im Zeitraum Januar bis August 2015 stieg das Steueraufkommen um 8,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum an.

Steuern vom Umsatz

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz verzeichneten im August 2015 mit einem

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM AUGUST 2015

Plus von 8,7% im Vorjahresvergleich einen kräftigen Anstieg. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass dieser hohe Zuwachs auch auf einer sehr schwachen Entwicklung im Vorjahreszeitraum basiert. Zudem ist die unterjährige Aufkommensentwicklung durch hohe Schwankungen gekennzeichnet – zwischen - 0,8% im März und + 8,7% im August –, was vorrangig auf die wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen und weniger auf das Konsumverhalten der Bevölkerung zurückzuführen sein dürfte. Das kumulierte Ergebnis bis August 2015 weist mit einem Zuwachs von 3,8% jedoch auf eine grundsätzlich aufwärtsgerichtete Entwicklung des privaten Konsums hin. Die (Binnen-) Umsatzsteuer verzeichnete im August einen Zuwachs von 10,7%, während die Einfuhrumsatzsteuer lediglich um 3,1% anstieg.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern stieg im August 2015 im Vorjahresvergleich um 6,0% an. Deutliche aufkommensrelevante Zuwächse waren bei der Energiesteuer (+ 6,9%) –

hier insbesondere bei der Energiesteuer auf Kraftstoffe –, der Tabaksteuer (+ 8,2%), der Versicherungssteuer (+ 1,0%), dem Solidaritätszuschlag (+ 2,1%) und der Kraftfahrzeugsteuer (+ 12,0%) zu verzeichnen. Die Steueraufkommen kleinerer Verbrauchsteuern sowie der Stromsteuer (- 7,2%) fielen dagegen geringer aus als im Vorjahr. Bei der Kernbrennstoffsteuer wurden 0,1 Mrd. € vereinnahmt (Vorjahreszeitraum 0 €). Kumuliert stieg das Aufkommen bei den Bundessteuern bis August 2015 um 6,9% gegenüber 2014.

Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat August 2015 einen Zuwachs von 17,6%. Der Aufkommenszuwachs ist fast vollständig auf die Entwicklung der Grunderwerbsteuer zurückzuführen. Im August 2015 konnte diese um 30,7% gegenüber dem Vorjahrsmonat zulegen. Bei der Erbschaftsteuer war ein Anstieg von 1,1% und bei der Biersteuer von 3,5% zu verzeichnen. Im Zeitraum Januar bis August 2015 stieg das Steueraufkommen der Ländersteuern kumuliert um 14,4%.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH AUGUST 2015

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2015

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich August 2015 auf 202,6 Mrd. €. Sie liegen um 3,0 Mrd. € (- 1,5 %) unter dem Ergebnis vom August 2014. Die günstige Entwicklung der Zinsausgaben (- 3,2 Mrd. €) ist hier weiterhin hauptauschlaggebend.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen bis einschließlich August übertrafen mit 196,9 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 16,4 Mrd. € (+ 9,1%). Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 175,1 Mrd. € und lagen um 11,9 Mrd. € (+ 7,3%)

über dem Ergebnis vom August 2014. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 21,8 Mrd. € um 4,6 Mrd. € über dem Ergebnis vom August 2014.

Finanzierungssaldo

Bis einschließlich August 2015 betrug der Finanzierungssaldo - 5,6 Mrd. €. Die Kassenmittel unterliegen jedoch im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Erst im weiteren Jahresverlauf ist eine belastbare Aussage zum Finanzierungssaldo für das Gesamtjahr 2015 möglich.

Entwicklung des Bundeshaushalts


	Ist 2014	Soll 2015	Ist-Entwicklung ¹ August 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	301,6	202,6
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-1,5
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	301,3	196,9
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+9,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	278,9	175,1
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+7,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	-0,3	-5,6
Finanzierung durch:	0,3	0,3	5,6
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	13,0
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,2
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo ² (Mrd. €)	0,0	0,0	-7,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH AUGUST 2015

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2014		Soll 2015		Ist-Entwicklung		Unteryährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis	Januar bis	
					August 2014	August 2015	in Mio. €
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	66 498	22,0	45 910	42 620	-7,2
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 380	2,2	6 418	2,1	3 493	3 819	+9,3
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,8	20 660	20 679	+0,1
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 651	4,9	9 448	9 997	+5,8
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4 210	1,4	2 527	2 683	+6,2
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 757	6,9	11 473	12 600	+9,8
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	1 783	2 302	+29,1
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 214	3,5	11 147	3,7	5 554	6 057	+9,1
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	153 338	50,8	106 530	107 832	+1,2
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,9	74 828	74 222	-0,8
Arbeitsmarktpolitik	32 510	11,0	33 294	11,0	21 428	22 770	+6,3
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 725	6,7	20 100	6,7	13 581	13 817	+1,7
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 162	1,4	4 900	1,6	2 655	3 634	+36,9
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 396	2,5	7 914	2,6	4 975	5 414	+8,8
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 153	0,7	1 442	1 400	-2,9
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 041	0,7	989	1 055	+6,8
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 194	0,7	1 250	1 236	-1,1
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 643	0,5	1 137	1 102	-3,0
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	328	354	+8,2
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 437	1,5	2 737	2 903	+6,1
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	342	595	+74,1
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 408	1 330	-5,5
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,6	8 794	9 250	+5,2
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	4 291	4 251	-0,9
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 274	1,4	4 961	1,6	2 175	2 647	+21,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	34 436	11,4	27 819	24 903	-10,5
Zinsausgaben	25 916	8,8	23 145	7,7	23 300	20 071	-13,9
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 600	100,0	205 597	202 583	-1,5

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH AUGUST 2015

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2014		Soll 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis August 2014	Januar bis August 2015	in %
					in Mio. €		
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	271 865	90,1	188 195	188 398	+0,1
Personalausgaben	29 209	9,9	29 995	9,9	19 842	20 516	+3,4
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 747	7,2	14 283	14 721	+3,1
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	5 558	5 796	+4,3
Laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 455	8,1	13 241	13 581	+2,6
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	766	880	+14,9
militärische Beschaffungen	8 814	3,0	9 568	3,2	4 656	4 340	-6,8
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 470	4,5	7 818	8 361	+6,9
Zinsausgaben	25 916	8,8	23 145	7,7	23 300	20 071	-13,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	193 594	64,2	131 407	133 738	+1,8
an Verwaltungen	21 108	7,1	22 916	7,6	12 072	13 950	+15,6
an andere Bereiche	166 200	56,2	170 678	56,6	119 335	119 787	+0,4
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26 980	8,9	17 137	17 477	+2,0
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	28 770	9,5	19 246	19 831	+3,0
Sozialversicherungen	104 719	35,4	106 761	35,4	78 015	77 566	-0,6
Sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	406	493	+21,4
Investive Ausgaben	29 275	9,9	30 053	10,0	17 402	14 185	-18,5
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	22 218	7,4	13 394	10 363	-22,6
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 593	6,8	8 431	9 562	+13,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 554	0,5	563	580	+3,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 416	1,5	71	0,0	4 400	221	-95,0
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 836	2,6	4 007	3 822	-4,6
Baumaßnahmen	6 419	2,2	6 132	2,0	3 473	3 261	-6,1
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 217	0,4	439	498	+13,4
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	95	63	-33,7
Globalansätze	0	0,0	- 319	-0,1	0	0	X
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 600	100,0	205 597	202 583	-1,5

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH AUGUST 2015

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2014		Soll 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis August 2014	Januar bis August 2015	
					in Mio. €		in %
I. Steuern	270 774	91,7	278 925	92,6	163 240	175 099	+7,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	228 592	75,9	139 662	146 764	+5,1
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112 976	38,3	117 450	39,0	68 209	72 990	+7,0
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 714	25,1	44 271	47 644	+7,6
veranlagte Einkommensteuer	19 385	6,6	20 634	6,8	9 728	10 386	+6,8
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 712	3,0	8 200	2,7	6 239	6 735	+7,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 245	1,1	2 653	2 872	+8,3
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 400	3,5	5 318	5 353	+0,7
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	109 475	36,3	70 587	72 889	+3,3
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 667	0,6	867	885	+2,1
Energiesteuer	39 758	13,5	40 391	13,4	21 012	20 783	-1,1
Tabaksteuer	14 612	5,0	14 190	4,7	8 669	8 686	+0,2
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 600	5,2	9 340	9 962	+6,7
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12 500	4,1	9 601	9 896	+3,1
Stromsteuer	6 638	2,2	6 900	2,3	4 422	4 409	-0,3
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 550	2,8	5 804	6 221	+7,2
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 400	0,5	-2 049	928	-145,3
Branntweinabgaben	2 061	0,7	2 062	0,7	1 355	1 366	+0,8
Kaffeesteuer	1 016	0,3	1 020	0,3	658	675	+2,6
Luftverkehrssteuer	990	0,3	1 010	0,3	585	607	+3,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10 040	-3,3	-5 296	-4 920	-7,1
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 080	-7,7	-16 114	-15 776	-2,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 015	-1,4	-4 310	-1,4	-3 099	-3 184	+2,7
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-4 866	-4 866	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-3,0	-6 744	-6 744	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	22 396	7,4	17 264	21 817	+26,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 913	2,3	6 994	2,3	5 344	5 419	+1,4
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	151	147	-2,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 181	0,7	2 149	2 150	+0,0
Einnahmen insgesamt	295 147	100,0	301 320	100,0	180 504	196 915	+9,1

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

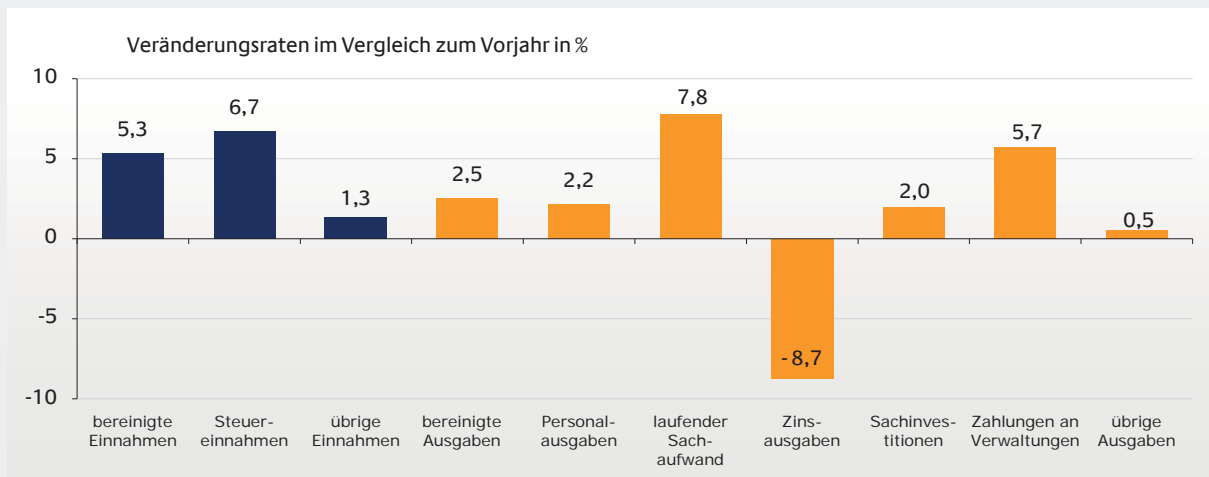
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS JULI 2015

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2015

Die Einnahmen der Länder erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,3%, während die Ausgaben um 2,5% zunahmen. Die Steuereinnahmen stiegen gegenüber dem Vergleichszeitraum um 6,7%. Die Ländergesamtheit

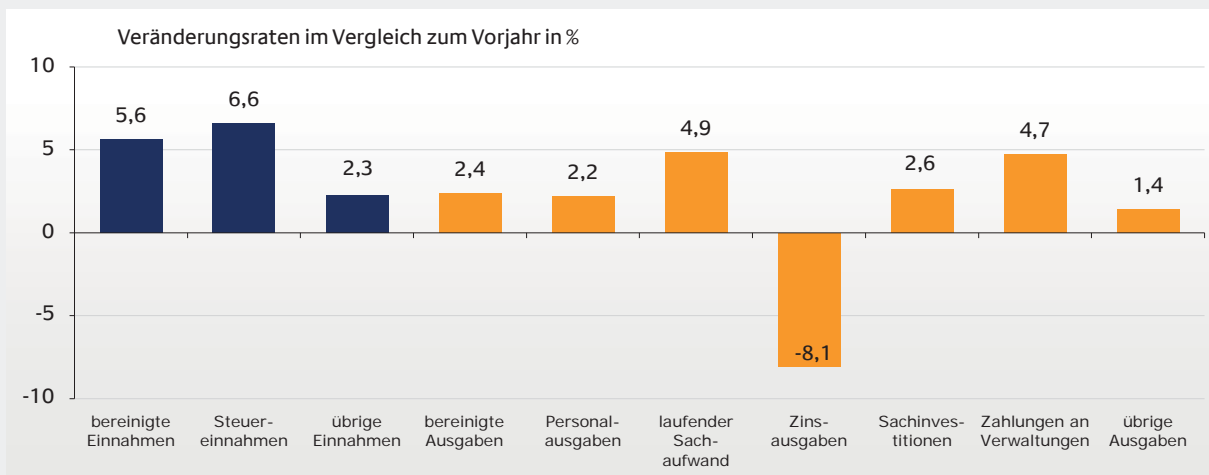
erwirtschaftete bis Ende Juli einen Finanzierungüberschuss von 0,1 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verbesserung um knapp 4,9 Mrd. €.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2015, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2015, Flächenländer (West)

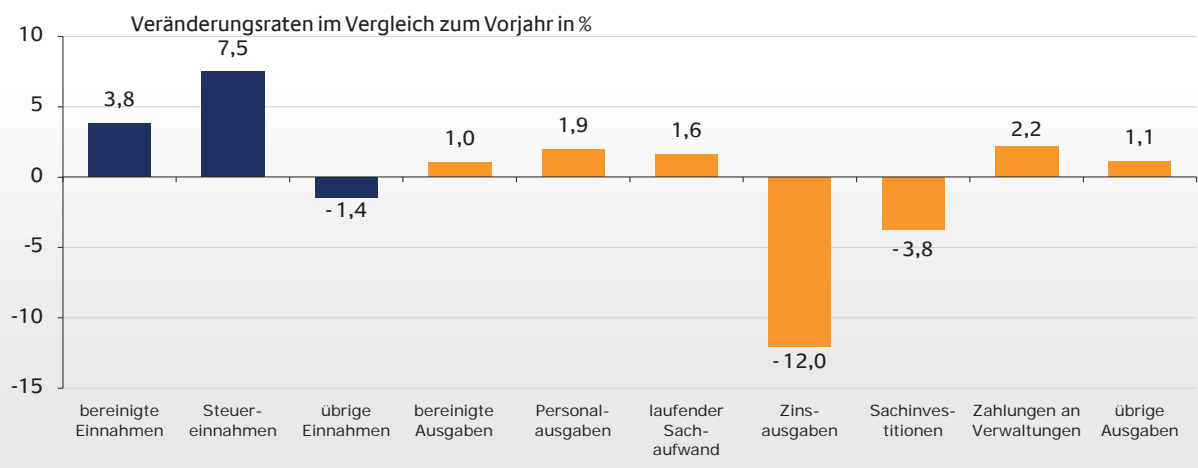


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

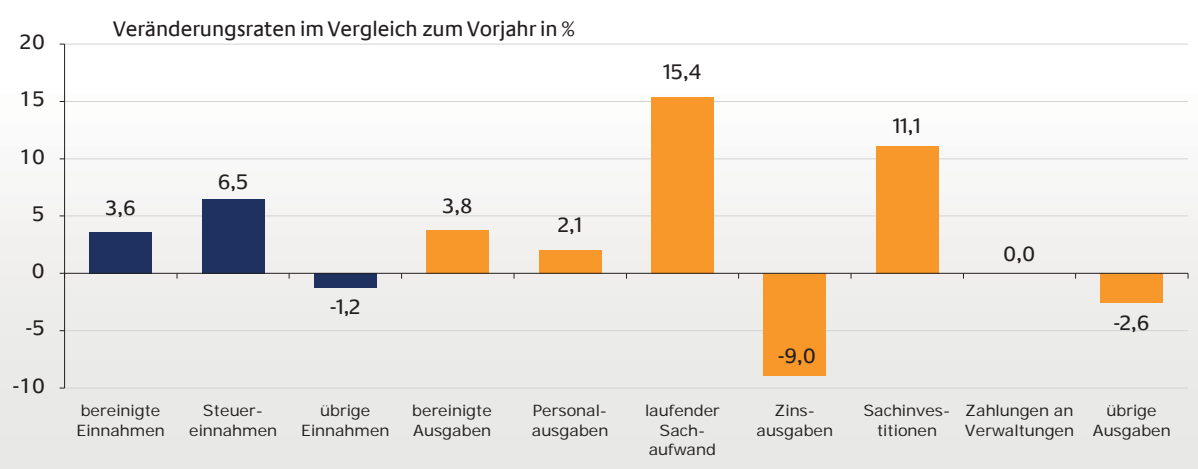
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS JULI 2015

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2015, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2015, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im August durchschnittlich 1,33% (1,51% im Juli).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende August 0,80% (0,64% Ende Juli).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende August auf 0,033% (- 0,023% Ende Juli).

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat am 3. September 2015 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05%, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30% und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20% zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 10 259 Punkte am 31. August (11 309 Punkte am 31. Juli). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 601 Punkten am 31. Juli auf 3 270 Punkte am 31. August.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juli bei 5,3% nach 4,9% im Juni und 5,0% im Mai. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Mai bis Juli bei 5,1%, verglichen mit 5,1% in der Zeit von April bis Juni.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Juli auf 0,7% (0,0% im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 2,61% im Juli gegenüber 1,90% im Juni.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Von Januar bis August 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 141,2 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 128,5 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 9,5 Mrd. € emittiert. Ferner wurden am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 2,7 Mrd. € verkauft.

Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2015“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

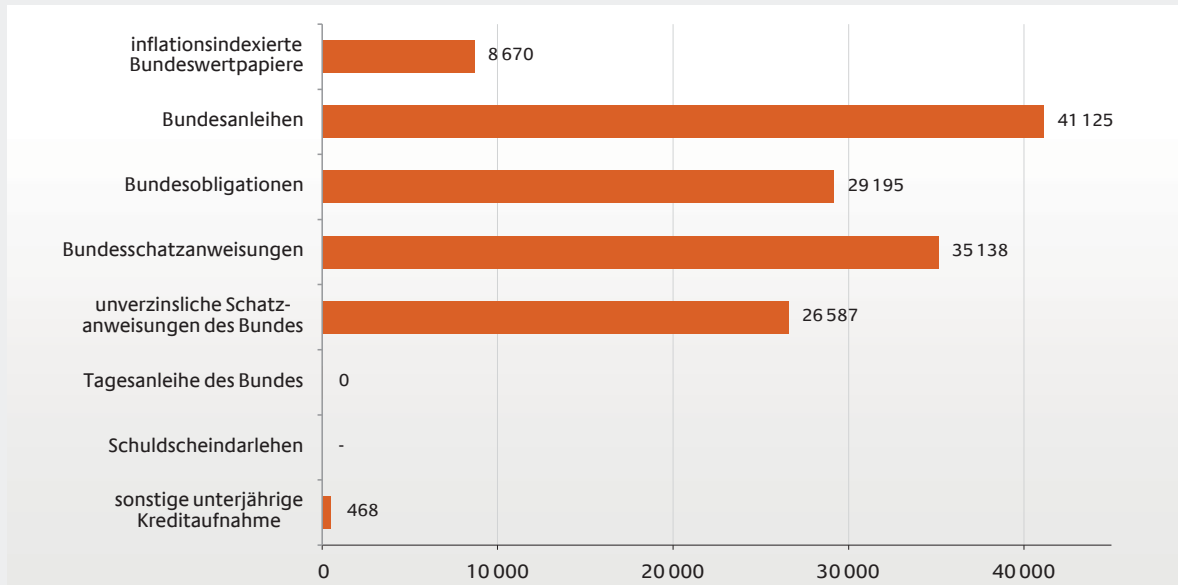
Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 162,4 Mrd. € (davon 141,1 Mrd. € Tilgungen und 21,3 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 21,2 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 135,7 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 4,1 Mrd. € für die des Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 1,4 Mrd. € für die des Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

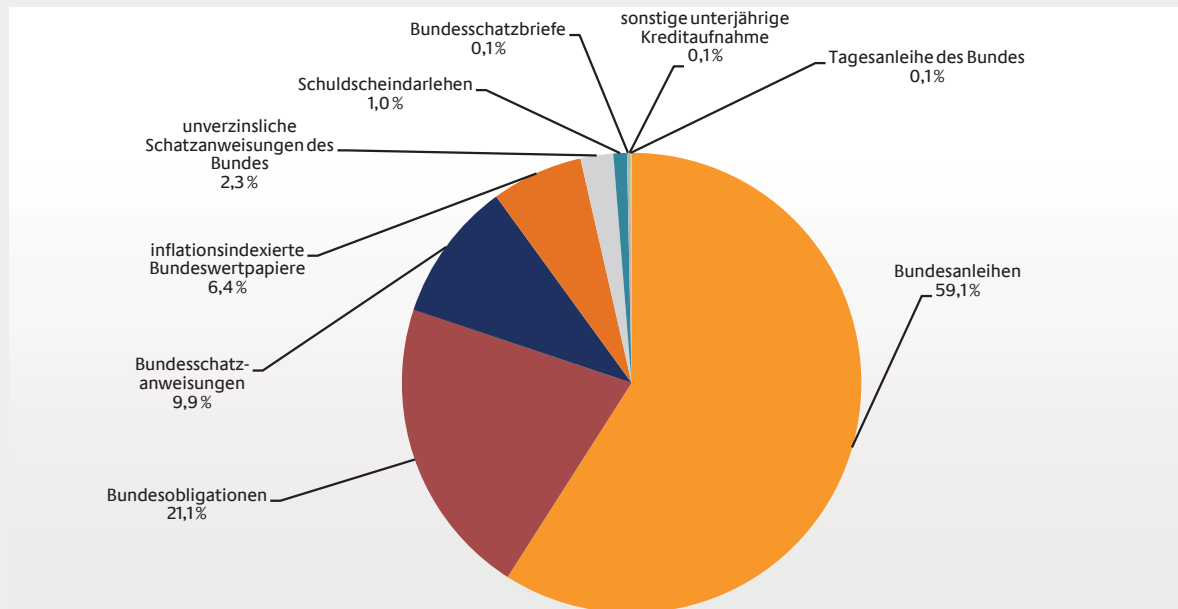
Kreditaufnahme des Bundes inklusive Sondervermögen bis August 2015¹
in Mio. €



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltsquote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 2 670 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 30. August 2015



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1157,2 Mrd. €; darunter Eigenbestände: - 46,6 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015
 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	21,0	-	-	-	-	-	44,0
Bundessobligationen	-	17,0	-	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	30,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0	4,0	4,0	2,0	2,0	4,0	4,0	-	-	-	-	28,0
Bundesschatzbriefe	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,3	0,0	-	-	-	-	0,7
Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	0,1
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,2	0,6	0,1	-	-	-	-	0,9
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,3	-	-	0,2	-	-	-	-	-	-	1,5
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	27,0	21,0	20,3	23,1	2,1	17,4	25,9	4,1	-	-	-	-	141,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015
 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5	-0,3	1,1	-0,1	0,3	10,1	0,7	-	-	-	-	21,3

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

**Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2015
Kapitalmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104602 WKN110460	Aufstockung	8. Juli 2015	2 Jahre/fällig 16. Juni 2017 Zinslaufbeginn 8. Mai 2015 erster Zinstermin 16. Juni 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Neuemission	19. August 2015	2 Jahre/fällig 15. September 2017 Zinslaufbeginn 21. August 2015 erster Zinstermin 15. September 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	23. September 2015	2 Jahre/fällig 15. September 2017 Zinslaufbeginn 21. August 2015 erster Zinstermin 15. September 2016	ca. 4 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	2. September 2015	5 Jahre /fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	9. September 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	16. September 2015	30 Jahre/fällig 15. August 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	ca. 2 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	12. August 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	5. August 2015	5 Jahre /fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	15. Juli 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	1. Juli 2015	5 Jahre/fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
3. Quartal 2015 insgesamt				ca. 40 Mrd. €	

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

**Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2015
Geldmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119485 WKN 111948	Neuemission	13. Juli 2015	6 Monate/fällig 13. Januar 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119493 WKN 111949	Neuemission	27. Juli 2015	12 Monate/fällig 27. Juli 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119501 WKN 111950	Neuemission	10. August 2015	6 Monate/fällig 10. Februar 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119527 WKN 111952	Neuemission	14. September 2015	6 Monate/fällig 16. März 2016	ca. 2 Mrd. €	
3. Quartal 2015 insgesamt				ca. 7,5 Mrd. €	

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2015
Sonstiges**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin/Termin der Syndizierung	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere insgesamt 2015	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag eines Monats außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 3. Quartal					
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030567 WKN 103056	Aufstockung	7. Juli 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	1 Mrd. €	1 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030559 WKN 103055	Aufstockung	8. September 2015	15 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2016	1 Mrd. €	1 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN-Rates am 11. und 12. September 2015 in Luxemburg

In der Eurogruppe am 12. September 2015 wurden die wirtschaftliche Situation im Euroraum, die Situation in Griechenland und Zypern, die thematischen Diskussionen zu Wachstum und Beschäftigung, Euroraum-aspekte der Bankenunion sowie die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank behandelt.

Die Europäische Kommission erläuterte ihre aktuelle Einschätzung zur wirtschaftlichen Situation im Euroraum. Danach geht sie von einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung im Euroraum aus, wenngleich aufgrund des voraussichtlich niedrigeren Wachstums in China und anderen Schwellenländern in etwas langsamerer Gangart als zunächst erwartet.

Zu Griechenland gab es einen kurzen Sachstandsbericht seitens der Institutionen (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF)) sowie des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Der griechische Finanzminister der Übergangsregierung, George Chouliarakis, sagte eine Fortsetzung der Programmumsetzung, sofern sie zurzeit keine parlamentarischen Entscheidungen bedinge, zu.

Zu Zypern gaben die Minister vor dem Hintergrund der positiven Ergebnisse der siebten Programmüberprüfung vorbehaltlich der nationalen parlamentarischen Verfahren ihre Zustimmung für die Auszahlung einer weiteren Tranche des ESM in Höhe von 500 Mio. € im Oktober 2015. Gleichzeitig betonte die Eurogruppe die Priorität des Abbaus des hohen Anteils notleidender Kredite für Zypern, um die Kreditvergabe wiederzubeleben und die Widerstandsfähigkeit der Banken zu verbessern.

Zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung hielten die Minister bezüglich der Abgabenbelastung auf Arbeitseinkommen fest, dass als Ausgangspunkt ihrer Betrachtung der EU-Durchschnitt beziehungsweise der OECD-Durchschnitt als Vergleichsmaßstab herangezogen werden sollte. Gleichwohl müsse die Analyse über die Notwendigkeit und den potentiellen Nutzen einer Reduktion der Abgabenbelastung immer auch ein breites Set weiterer Indikatoren und länderspezifische Besonderheiten berücksichtigen.

Zum Tagesordnungspunkt Euroraumaspekte der Bankenunion berichteten jene Mitgliedstaaten, in denen die Umsetzung der Bankenrestrukturierungs- und -abwicklungsrichtlinie (BRRD) beziehungsweise die Ratifikation der intergouvernementalen Vereinbarung (IGA) zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund; SRF) noch aussteht, dass sie hier Fortschritte machten.

Beim Tagesordnungspunkt Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank gab es eine Aussprache zur möglichen Struktur europäischer Stimmrechtsgruppen.

Auf der Tagesordnung des informellen ECOFIN am 11. und 12. September 2015 in Luxemburg, an dem auch die Zentralbankpräsidenten teilnahmen, standen die Klimafinanzierung, die effektive Mindestbesteuerung, die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Brückenfinanzierung des SRF.

Zur Klimafinanzierung fand eine erste Orientierungsdebatte zu den Finanzaspekten des neuen globalen Klimaabkommens statt, das bei der Weltklimakonferenz (COP 21) in Paris vom 30. November bis 11. Dezember 2015 beschlossen

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

werden und eine Nachfolgeregelung für den Kyoto-Prozess finden soll. Der französische Finanzminister, Michel Sapin, warb angesichts der Dringlichkeit des Themas für ein gemeinsames Vorgehen aller Mitgliedstaaten und eine einvernehmliche Festlegung in Bezug auf die Finanzierungsfragen, um zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Beim Thema effektive Mindestbesteuerung geht es um die Verhinderung einer doppelten Nichtbesteuerung grenzüberschreitend erzielter Einkünfte. Bei der Diskussion war das Meinungsbild zweigeteilt. Während sich einige Mitgliedstaaten gegen eine Mindestbesteuerung aussprachen und die Bedeutung von Steuerwettbewerb hervorhoben, warben andere Mitgliedstaaten – so auch Deutschland – für Lösungsansätze mit einer effektiven Mindestbesteuerung (z. B. im Rahmen der Zins- und Lizenzrichtlinie).

Zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion gab es einen breiten Austausch der Minister und der Zentralbankpräsidenten auf Grundlage des Berichts der fünf Präsidenten von Europäischer Kommission, EZB, Eurogruppe, Eurogipfel und Europäischem Parlament. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble betonte, dass es zur Wahrung der Glaubwürdigkeit des Euroraums zunächst darum gehe, die bestehenden Regeln und Vorgaben konsequent umzusetzen. Gleichzeitig sei ein Kompass für die mittlere und längere Frist notwendig, der auch das Verhältnis zwischen Euro- und Nicht-Euro-Mitgliedstaaten berücksichtige. Institutionell sei es wichtig, die richtige Balance zwischen den politischen Aufgaben der Europäischen Kommission und ihrer Rolle als Hüterin der Verträge zu wahren – hierzu sei bei entsprechender Ausgestaltung auch

die Einrichtung eines europäischen Fiskalrats vorstellbar. Im Finanzmarktbereich müssten zunächst die Risiken im Bankensektor weiter verringert werden. Nicht zuletzt müsse die inhaltliche Ausrichtung des EU-Haushalts auf den Prüfstand gestellt werden. Die luxemburgische Ratspräsidentschaft fasste die Diskussion in diesem Sinne zusammen: Es bestehe die Notwendigkeit der Definition langfristiger Ziele und des Prozesses dorthin. Dabei dürften kurzfristige Maßnahmen jedoch nicht blockiert werden; vielmehr bestehe Konsens, dass die Umsetzung bestehender Regeln und Verfahren Priorität habe. Wichtig für die weitere Diskussion sei es insbesondere, eine ausgewogene Lösung zwischen Risikoreduzierung einerseits und Risikoteilung andererseits zu finden.

In Bezug auf eine Brückenfinanzierung des Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) plädierten viele Mitgliedstaaten wie auch Kommission, EZB und ESM für ein Vorziehen der Einrichtung eines gemeinsamen Backstops in Form einer Kreditlinie des ESM. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble erinnerte dagegen an die Vereinbarung vom Dezember 2013, wonach erst in der Übergangszeit bis zum vollständigen Aufbau des Abwicklungsfonds bis Ende 2023 ein gemeinsamer Backstop ausgearbeitet werden solle. Vorstellbar sei für ihn eine Brückenfinanzierung über nationale Kreditlinien in nationaler Verantwortung. Die luxemburgische Ratspräsidentschaft schlussfolgerte, dass kurzfristig an individuellen Kreditlinien weitergearbeitet werden solle mit dem Ziel einer zeitnahen politischen Billigung im ECOFIN-Rat. Parallel solle an einer Formulierung von Voraussetzungen für das Vorziehen eines Common Backstops gearbeitet werden.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

4. bis 6. Oktober 2015	Deutsch-Indische Regierungskonsultationen in Indien
5./6. Oktober 2015	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Luxemburg
9./11. Oktober 2015	Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Lima
15./16. Oktober 2015	Europäischer Rat in Brüssel
9./10. November 2015	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
15./16. November 2015	G20-Gipfel in Antalya
7./8. Dezember 2015	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
14./15. Januar 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5. bis 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
1. Juli 2015	Kabinettsbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
14. August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
8. bis 11. September 2015	1. Lesung Bundestag
25. September 2015	1. Beratung Bundesrat
3. bis 5. November 2015	Steuerschätzung in Nürnberg
24. bis 27. November 2015	2./3. Lesung Bundestag
18. Dezember 2015	2. Beratung Bundesrat

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

¹Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IWF, siehe <http://dsbb.imf.org>.

Publikationen des BMF

Das BMF hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

Im Profil – Das Bundesministerium der Finanzen
Einkommen- und Lohnsteuer (Ausgabe 2015)

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>
<http://www.bmf.bund.de>

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzministerium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil „Statistiken und Dokumentationen“. Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

September 2015

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr
kommunikation und publizistik GmbH,
Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de
www.ministere-federal-des-finances.de
www.federal-ministry-of-finance.de
www.stabiler-euro.de
www.bundeshaushalt-info.de
www.finanzforscher.de
www.bundesfinanzministerium.de/APP
www.youtube.com/finanzministeriumtv
www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.